

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 986846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB fordert anlässlich einer Buchvorstellung über das nukleare Erbe der Sowjetunion: Abbau der Atomwaffen in der GUS weiter unterstützen.

Seite 1

Gernot Erier MdB erinnert an den 75. Jahrestag der Oktoberrevolution: Die gescheiterte Suche nach dem "Neuen Menschen".

Seite 3

47. Jahrgang / 216

9. November 1992

### Abbau der Atomwaffen in der GUS weiter unterstützen Das Ende des Ost-West-Konfliktes darf nicht nur von einer Seite bezahlt werden

Von Karsten D. Voigt MdB  
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Als Anfang des Jahres 1991 der damalige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, von "herumvagabundierenden" taktischen Atomwaffen in der gerade aufgelösten früheren Sowjetunion sprach, stellten sich in Deutschland erstmals seit langem wieder Bedrohungsgefühle ein. An einen kalkulierten Einsatz von sowjetischen Atomwaffen zu Eroberungszwecken hatten seit vielen Jahren nur noch sehr wenige Menschen geglaubt. Die meisten hielten eine atomare Bedrohung aus dem Osten für eher unwahrscheinlich.

Aber jetzt, nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, schien die atomare Gefahr greifbarer als je zuvor.

Genschers Hinweis wurde in der Öffentlichkeit sofort aufgegriffen und ungeprüft wie eine Tatsache behandelt. Es gab immer mehr Meldungen, die berichteten, daß Journalisten in den Hauptstädten der neugegründeten Republiken massenhaft spaltbares waffenfähiges Kernmaterial angeboten worden sei. Und es gab Berichte, daß sowjetische Atomwissenschaftler in großer Zahl ihr Wissen an Staaten verkaufen, die im Begriff seien, eigene Atomwaffen zu bauen. Darunter seien Staaten, denen die westliche Öffentlichkeit das Allerschlimmste zutraut, wie zum Beispiel Libyen und der Iran.

Obwohl alle diese Hinweise und Meldungen plausibel erschienen und deswegen kaum überraschten, waren sie falsch. Zumindest konnten sie in keinem der angegebenen Fälle durch Fakten bestätigt werden. Niemand hatte je eine herumvagabundierende taktische Nuklearwaffe gesehen. Die Vermutung, es könne solche Waffen geben, leitete sich aus dem Umstand ab, daß die frühere Sowjetunion zu einem für den Westen äußerst unübersichtlichen Gebilde geworden ist, das von Unordnung, Chaos und einer allmächtigen Mafia beherrscht zu werden scheint und in dem deswegen prinzipiell alles möglich sein kann, auch das Allerschlimmste. Nach dem heutigen Kenntnisstand befinden sich die taktischen Atomwaffen seit Ende Juni 1992 alle auf dem Territorium der Russischen Föderation und werden dort mit Unterstützung amerikanischer Fachleute von Soldaten der russischen Armee gelagert und überwacht.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 DB

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verzinsung  
mit wertvollen  
Rezeptionspapier



Die auf den Märkten angebotenen nuklearen Materialien erwiesen sich alle als nichtwaffenfähig und es konnte kein einziger Wissenschaftler, der über spezielle Kenntnisse zur Herstellung von Atomwaffen verfügt, in anderen Ländern ausgemacht werden.

Das alles heißt nicht, daß wir uns deswegen beruhigt zurücklehnen dürfen. Die Überprüfung der Fakten hat ergeben, daß nach unserem heutigen Wissensstand die angenommene Bedrohung nicht real war. Niemand kann zuverlässig ausschließen, daß nicht morgen all diese Meldungen bestätigt werden.

Politiker und Journalisten haben gelegentlich die Neigung, sich Katastrophenphantasien hinzugeben und in Untergangsszenarien zu suhlen. Der positive Effekt dieser Neigung ist, daß sie dadurch zu Konferenzen eingeladen werden, in der Öffentlichkeit namentlich erwähnt werden und ihnen fälschlicherweise ein hohes Verantwortungsbewußtsein unterstellt wird.

Der negative Effekt von Katastrophenphantasien ist, daß sie das Gefühl vermitteln, man könne ohnehin nichts tun, jedenfalls nichts am Ursprungsort der Katastrophe. Das Einzige, was bleibt, ist dann, die eigenen Möglichkeiten zur Abwehr von Gefahren zu verstärken, und das läuft nach bisheriger Erfahrung auf neue Rüstungen hinaus.

Was wir vorbeugend gegen diese Gefahr tun können ist bekannt. Sie besteht darin, die Abrüstungsbemühungen der Vergangenheit fortzusetzen, deren Erfolgsaussichten im Vergleich zu früher besser geworden sind. Und in die politische und soziale Stabilität, insbesondere der vier Republiken zu investieren, auf deren Territorium Atomwaffen lagern: Das sind neben der Russischen Föderation, die Ukraine, Kasachstan und Belarus. Angesichts knapper Mittel in allen NATO-Staaten wird dies nicht leicht sein. Aber der Westen muß bei der Festlegung seiner finanziellen und sicherheitspolitischen Prioritäten auch berücksichtigen, daß das Ende des Ost-West-Konfliktes nicht nur von einer Seite bezahlt werden kann. Insofern sind die Unterstützungsleistungen, die in einem bislang eher bescheidenen Umfang von den Staaten der NATO für den Abbau der Atomwaffen in der GUS bereitgestellt werden, ein richtiger, aber auch ausbaubedürftiger Ansatz.

Die Entwicklung von Atomwaffen hat in Ost und West riesige gesellschaftliche Kosten verursacht, sie hat durch die Unmenge von Atomtests die Gesundheit der Menschen nicht nur der beiden Großmächte gefährdet und sie hat dazu beigetragen, daß die Wirtschaftskraft der Atommächte über jedes rationale Maß hinaus überbeansprucht wurde. An den Folgen haben die sozial schwachen Menschen, insbesondere der Supermächte bis heute verstärkt zu leiden. Was das für eine Region wie die vom Semipalatinsk bedeutet, wird in dem von Siegfried Fischer und Otfried Nassauer herausgegebenen Sammelband "Satansfaust. Das nukleare Erbe der Sowjetunion" beschrieben.

Atomwaffen enthalten strahlende Substanzen mit einer Halbwertszeit von mehr als 20000 Jahren. Bislang gibt es kein technisches Verfahren diese Zeit abzukürzen. Deswegen werden unsere Nachfahren mit den Gefahren von Atomwaffen, die wir ihnen vererben, leben müssen. Das sind Kosten, die in keiner Berechnung für den Preis von Atomwaffen auftauchen, weder in der früheren Sowjetunion noch in den anderen Atomstaaten. Politisch bedeutet dieser Umstand, daß wir mehr als bislang für die Stabilität der Atomwaffengesellschaften tun müssen, damit die Endlager nicht nur technisch, sondern auch politisch sicher sind.

Das von Herrn Fischer und Herrn Nassauer herausgegebene Buch geht auf diese Aspekte in der einen oder anderen Weise ein. Es bietet auch neue Erkenntnisse über die Entscheidungsprozesse, die in der Sowjetunion zur Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen geführt haben. Eine Antwort darauf, was in Zukunft mit diesen Waffen geschehen wird, können die Autoren naturgemäß nicht geben. Die Hoffnung bleibt, daß durch die Zentralisierung des Kommandos über diese Waffen und durch die Stabilisierung der Demokratie sich auch künftig die Vernunft durchsetzen wird.

(-/9. November 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die gescheiterte Suche nach dem "Neuen Menschen"  
Zum 75. Jahrestag der Oktoberrevolution**

Von Gernot Erier MdB

Am 7. November wurde die Oktoberrevolution 75 Jahre alt. Einige werden den Geburtstag feiern, trotzig mit hochgehaltenen Fahnen und Transparenten, im politisch wie wegen des verfrühten Wintereinbruchs fröstelnden Moskau. Es wird Passanten geben, die nicht ohne zynische Bemerkungen an den Bannerträgern die Werte von gestern vorbeigehen werden. Bei anderen wird die Erinnerung an Paradenfeierlichkeit wach werden, an diese Mischung aus Pathos und Papierblumen, die jeden kommunistischen Feiertag schmückte. Und vielleicht werden sie murmeln: "Bei Breschnjew hat keiner gehungert!"

Der Kollaps des Kommunismus hat nachträglich seine Geschichte verkleinert. Es ist plötzlich so, als betrachte man das Fotoalbum einer gescheiterten Ehe. Da ist man versucht, schon auf dem Hochzeitsbild die Anzeichen für das spätere Desaster zu finden. Das Ende der Sowjetunion und ihrer Protektorate gibt der Oktoberrevolution nachträglich die Dimension des Anfangs eines Irrtums. Was interessiert heute noch, daß die Zeitgenossen eine ganz andere Wahrnehmung hatten, als daß an jenem 25. Oktober 1917 (dem 7. November unseres Kalenders) lediglich eine Kalesche mit irregeleiteten Idealisten in eine Sackgasse der Geschichte gerumpelt ist?

Der Widerstand gegen die Machtübernahme von Lenin und Trotzki war so gering, weil das Volk unter der Knute der verfallenden zaristischen Despotie stand und die Bolschewiki Brot und Frieden versprochen. Von der Theorie her war das rückständige Rußland der denkbar schlechteste Platz für Marxens Prognose, daß ein reifer, entwickelter Kapitalismus irgendwann in die höhere Organisationsform des Sozialismus übergehen müsse. Lenin tröstete sich mit der Illusion, die Oktoberrevolution werde nur der Katalysator sein, um die eigentliche Revolution in Westeuropa auszulösen. Als dies nicht eintraf, änderte Stalin 1924 einfach die Theorie durch seine Trotzbehauptung, von der Chance des "Sozialismus in einem Lande". Von diesem Geburtsfehler, im falschen Haus zur Welt gekommen zu sein, hat sich der Sozialismus nie wieder erholt. Der Name für diesen Fehler heißt Bolschewismus.

Die Folge war Gewaltanwendung. Die geschulten Dialektiker wollten die Wechselbeziehung von Weg und Ziel nicht akzeptieren, leugneten also die deformierende Wirkung von Gewalt für das Ziel der Kommune des Sozialismus. Es dauerte bis zum Beginn seiner lethalen Agonie, daß Lenin - zu spät - diesen verhängnisvollen Mechanismus und seinen Meister namens Stalin durchschaute.

Das Sozialismus-Experiment scheiterte aber nicht an der Gewalt, sondern - das mag überraschen - an der Illusion von Gewaltfreiheit in der Ökonomie. Man kann die ganze Geschichte des Sowjetstaates als eine Abfolge von Experimenten beschreiben, die den ökonomischen Arbeitszwang des Kapitalismus (nach dem Muster: Leistung, Lohn, Lebenserhalt oder Leistungsverweigerung, Entlassung, sozialer Abstieg) durch ein gewaltfreies, "menschlicheres" System ersetzen sollten. Alle Methoden scheiterten - am Menschen, oder genauer gesagt, weil sich die Hoffnung auf den "Neuen Menschen", der nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung und Idealismus Leistung erbringt, nicht erfüllte. Kriegskommunistische Arbeitsverpflichtung, sozialistischer Wettbewerb, Stachanow-Bewegung, wissenschaftliche Arbeitsorganisation, Prämiensysteme à la Chruschtschow - alles Stationen der Resignation darüber, daß der Neue Mensch in der russischen Sozialismus-Retorte nicht entstehen wollte.

Die ökonomische Niederlage war damit programmiert. Die Systemkonkurrenz konnte nicht gewonnen werden, weder ökonomisch noch nach den Kriterien der Humanität. Denn einmal ver-

hindert andauernde Armut ein menschenwürdiges Leben, dann aber gelang auch noch der Konkurrenz die humane Abfederung des kapitalistischen Arbeitszwangs. Der Durchhaltewillen des sozialistischen Weltsystems ist nicht am Manchesterismus zerbrochen, sondern an den Bildern von Güterreichtum des Kapitalismus ohne Fratze (anders: der sozialen Marktwirtschaft), die durch die Revolution der Kommunikationstechnik an der System-Grenze nicht mehr aufhaltbar waren. Nebenbei: Die soziale Marktwirtschaft verdankt sich selbst wenigstens teilweise der Herausforderung der kommunistischen Konkurrenz, die behauptete, die humanere, höherentwickelte Arbeitsform gefunden zu haben.

Heute donnert die Woge des ökonomischen Arbeitszwangs ohne jede Schminke, also der fratzenhafte Kapitalismus über die Lande der Oktoberrevolution. Bilder der Not, die aus dem Frühkapitalismus oder den großen Wirtschaftskrisen der westlichen Industrialisierung stammen könnten, lassen sich heute live in Moskau und anderswo im Osten einfangen. Niemand sorgt mehr für niemanden. Jeder muß sehen, ob seine Ellenbogen stark genug sind, um durchzukommen. Im Reiche Jelzins trifft dieses Wolfsgesetz auf Menschen, die 75 Jahre lang, für zwei ganze Generationen, zwar in Armut, aber mit der Hoffnung auf eine lichtere Zukunft auf einem Weg ohne Absturzgefahr für die eigene ökonomische und soziale Grundsicherung vorangekrabbelt sind. Ohne vorheriges Training finden sie sich plötzlich inmitten eines erbarmungslosen Überlebenskampfes wieder. Demokratie, so ist die Wahrnehmung, heißt wohl provozierender Reichtum für wenige und Armut mit Absturzgefahr für die Masse. Kein Wunder, daß die Sehnsucht nach der gescheiterten, aber wartierten Vergangenheit derzeit zur Beunruhigung vieler Beobachter, im Wachsen ist.

Die Oktoberrevolution wollte Zwänge abschaffen. Sie scheiterte als derartig gravierender Verstoß gegen die eigene Theorie, daß die Fortsetzung des Experimentes nur mit massiver Gewaltanwendung gesichert werden konnte. Vor allem aber zerschellte sie an der Illusion des Neuen Menschen, der sich einfach nicht entwickeln wollte. Diese enttäuschte Erwartung der Bolschewiki und der dazugehörige bittere Erfahrungsweg blieben aber wichtig für uns. Nicht nur als Lehre von Irrtum, von der geschichtlichen Sackgasse. Denn auch das siegreiche Produktionssystem des Westens ist, gerade im Zeitalter seiner globalen Attraktivität und Nachahmung, zum Nachdenken über einen Neuen Menschen gezwungen. Wissen wir doch längst, daß die Übertragung unserer Werte und Parameter (Produktivität, Energie- und Ressourcenverbrauch, Konsum) auf die Völker des Ostens und Südens zu definitiven Überforderung unseres Planeten führen würde. Was anderes, als ein "Neuer Mensch", der seine Bedürfnisse und seine Lebensweise von Grund auf überdenkt, könnte die Marktwirtschaft davor bewahren, sich weltweit zu Tode zu siegen? Die Oktoberrevolution hat den Menschen kein Glück gebracht. Ein paar Fragen, die sie aufgeworfen hat, müssen aber heute - Systemsieg hin, Systemsieg her - noch dringend beantwortet werden. Es wäre kurzsichtig, die "Lehren des Oktober" allzu eifertig auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen.

(-/9. November 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*